

Bundeszentrale für
politische BildungURL: <http://www.bpb.de/apuz/27196/die-theatralitaet-der-politik-in-der-mediendemokratie>

Pfad: Aus Politik und Zeitgeschichte / Aus Politik und Zeitgeschichte 2003 / Politik als Inszenierung / Die Theatralität der Politik in der Mediendemokratie

5.1.2004 | Von: **Thomas Meyer** ▾

Thomas Meyer

Zur Person

Dr. phil., geb. 1943; Professor für Politikwissenschaften an der Universität Dortmund.

Anschrift: Universität Dortmund, August-Schmidt-Str. 4, 44227 Dortmund.

E-Mail: meyer@fb14.uni-dortmund.de

Veröffentlichungen u. a.: (zus. mit Martina Kampmann) Politik als Theater, Berlin 1998; (zus. mit Rüdiger Ontrup und Christian Schicha) Die Inszenierung des Politischen, Wiesbaden 2000; Mediokratie. Die Kolonisierung der Politik durch das Mediensystem, Frankfurt/M. 2001.

Die Theatralität der Politik in der Mediendemokratie

In der Mediengesellschaft bedient sich Politik zu ihrer Selbstdarstellung in immer stärkerem Maße theatraler Inszenierungsformen. Theatralität ist sowohl auf der Seite der Mediendiskurse über die Politik wie auf der Seite der politischen Selbstdarstellung ein Grundprinzip politischer Kommunikation geworden.

Die Universalität von Inszenierung

Seit der Mitte der neunziger Jahre wird in der Bundesrepublik Deutschland in immer neuen Anläufen die These vertreten, dass das Modell der Inszenierung in Gesellschaft und Politik an Bedeutung gewinnt. Es ist die Diagnose gestellt worden, die Gesellschaft mutiere in kräftigen Zügen zur "Inszenierungsgesellschaft"[1]. In diese Richtung weisen auch politik- und medienwissenschaftliche Analysen für die Republik als politisches Gemeinwesen. Der Bericht zur Lage des Fernsehens von 1995 für den Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland kommt mit der Pointe, die Bundesrepublik bewege sich unter dem Einfluss des Fernsehens in Richtung einer "höfischen Öffentlichkeit", in die Nähe einer solchen Diagnose:[2]

"In der Konkurrenz um die Öffentlichkeit haben Politiker Professionalität in der Plazierung und Inszenierung von Ereignissen wie auch in der Sachinformation entwickelt. Im Verlauf dieser Metamorphose wandelt sich sachbezogene, auf verbindliche Entscheidungen bezogene Politik zunehmend in symbolische Politik (...) Diese vom Fernsehen provozierte Politik entspricht einer Rückkehr zur höfischen Öffentlichkeit (...) Von den Politikern verlangt der Fernsehauftritt zudem vor allem darstellerische Qualitäten, die in keinem notwendigen Zusammenhang zu politischen Leistungen stehen, aber über den politischen Erfolg entscheiden. Denn als erfolgreich gilt der Politiker mit den darstellerischen Fähigkeiten auch dann, wenn seine politischen Leistungen deutlich dahinter zurückbleiben. Umgekehrt verblassen politische Leistungen, sobald das Talent zur Media Performance fehlt."[3]

Diese Zuordnung ist von weitreichender Bedeutung, da sie letztlich den Übergang der politischen Verfassung der Republik in eine Formation neuen Typs behauptet - mit vielfältigen Folgen nicht nur für die Qualität der Öffentlichkeit, sondern von Politik überhaupt. Die Inszenierung der Politik für die Medienbühne - nicht allein seitens der politikvermittelnden Medienakteure, sondern seitens der Politik selbst - wird zu einer Schlüsselstruktur, von der her die ganze Politik eine neue Prägung erfährt, und zwar in all ihren Dimensionen: von der Personalauswahl bis zur Rolle der Handlungsprogramme und ihrer Bedeutung für die Legitimation politischen Handelns, ja sogar mit Bezug auf die Rolle zentraler politischer Institutionen, wie Parteien und Parlamente im politischen Prozess.

Diese Bewertung schließt ein, dass staatsbürgerliche Entscheidungen unter diesen veränderten Umständen kaum noch autonom und rational, sondern vielmehr - indirekt - durch irrationale Inszenierungen gesteuert werden. Eine in diesem Sinne als "Inszenierungsstaat" zu kennzeichnende Republik wäre in der Tat von fragwürdiger demokratischer Substanz.

Ist dieser Befund gerechtfertigt, und - vor allem - ist er neu? Sind politische Inszenierungen als strukturbildender Vorgang eine Errungenschaft des Fernsehzeitalters? Und: Ist mediale Politikinszenierung gleichbedeutend mit Irrationalität und Täuschung in der politischen Kommunikation? Diese Fragen müssen sich angesichts der Radikalität des Befunds des oben genannten Berichtes unmittelbar aufdrängen.

Dass Politik inszeniert wird, ist für sich genommen historisch zweifellos nichts Neues.[4] Dass Politiker und in politischen Rollen agierende Personen, soweit wir die Zeugnisse kennen, zu allen Zeiten versucht haben, ihre Absichten oder Leistungen, ihre Person oder die Gruppe, für die sie standen, durch vorbedachte Inszenierungen für ein Publikum ins rechte Licht zu rücken, kann als eine triviale Einsicht gelten. Als Pontius Pilatus sich nach dem Urteilsspruch über Jesus ostentativ in der Öffentlichkeit die Hände wusch, um seine Unschuld symbolisch sinnfällig zu zelebrieren, erbrachte er eine wohl kalkulierte, in ihren Wirkungen nicht nur das anwesende Publikum, sondern das Publikum der Jahrtausende beeindruckende politische Inszenierungsleistung ersten Ranges, der nichts fehlte, was zu einer Glanzleistung dieser Gattung gehört. Die aus der Geschichte bekannten Beispiele sind dazu angetan, die Allgegenwart von Inszenierungen als Element politischer Kommunikation zu belegen. Gegen eine naive Sicht von Inszenierung überhaupt, als vermeidbares Täuschungsmanöver in der politischen Kommunikation - sei es der politischen Akteure selbst oder derer, die über sie berichten -, müssen zur grundsätzlichen Klärung freilich zunächst drei Sachverhalte in Erinnerung gerufen werden:

Erstens: Wie die Soziologen Erving Goffman und Hans-Georg Söffner gezeigt haben und wie die Theaterwissenschaft herausgearbeitet hat, sind theatrale Inszenierungen eine anthropologische Konstante. Der von Natur aus künstliche Mensch hat immer Spielräume reflektierter Selbstdarstellung, die durch aktuelles Handeln gefüllt werden. Es fließen dann stets auch Reaktionen auf andere und die Art und Weise, wie diese hervorgerufen werden, ein.[5] Daher spielt der Mensch bei der Wahrnehmung seiner verschiedenen Sozialrollen und selbst bei seinen vertrauten sozialen Interaktionen immer auch ein Stück weit Theater. Kommunikation ist folglich unvermeidlich auch eine Inszenierungsleistung. Die Kluft zwischen Kommunikationsabsichten und Kommunikation wird stets in gewissem Maße durch mitlaufende Reflexionen über die beabsichtigten Wirkungen und als deren Folge mit Inszenierungsleistungen gefüllt. Natürlich erscheint der Mensch, wie es Hans-Georg Söffner formuliert hat, darum paradoxerweise immer erst als Ergebnis einer durchaus künstlichen Anstrengung. Inszenierung gehört mithin zum universalen Grundbestand menschlicher Kommunikation.

Zweitens: Auch das Authentische bedarf, wie die Theaterwissenschaft zeigt, einer je spezifischen Inszenierungsleistung, um als Authentisches erscheinen zu können.[6] Erst in der Inszenierung tritt das ihr Vorausliegende für alle sichtbar in Erscheinung und ist auf diese Weise immer schon durch Darstellungsaktivitäten transformiert. Die Spielräume der Inszenierung und die Art und Weise, wie das Vorausliegende in Erscheinung tritt, sogar die Frage, ob es überhaupt ein Vorausliegendes gibt, sind freilich anhand empirischer Prüfungen zu beurteilen. Die Inszenierungsleistung kann eine nahezu unbegrenzte Bandbreite von Realitätsbezügen ausfüllen, von der Darstellung von Authentizität bis hin zur Erzeugung dichter Illusionen über Ereignisse, die allein in der Inszenierung bestehen.

Drittens: Wie alle anderen öffentlichen Rollenträger auch, so sind sich politische Amtsinhaber und Aspiranten vermutlich zu allen Zeiten durch Tradition, Erfahrung und Beobachtung der Tatsache gründlich bewusst gewesen, dass die Wirkung ihres Auftritts, die Zustimmung zu den von ihnen erhobenen politischen Ansprüchen und ihre Wirkung als Person in entscheidendem Maße davon abhängen, ob es ihnen gelingt, sich für das anwesende Publikum wirkungsvoll darzustellen.[7] Selbstdarstellung, also Inszenierung, und öffentliches Handeln waren vermutlich zu allen Zeiten zwei Seiten derselben Medaille. In diesem Sinne ist an der Inszenierung der Politik, die nun auch in der Bundesrepublik seit dem Ende der neunziger Jahre in den Mittelpunkt des Interesses der Sozialwissenschaften und der Massenmedien getreten ist, scheinbar nichts Neues. Und dennoch ist die Situation heute, wie wir sie in den Mediendemokratien der Gegenwart beobachten, in entscheidender Hinsicht ganz anders. Die Veränderungen erweisen sich bei genauer Betrachtung als so folgenreich, dass sie das Urteil rechtfertigen, die Republik bewege sich in Richtung auf eine neue politische Formation: die Mediendemokratie.

Inszenierungspolitik heute

Peter Burke, britischer Historiker und brillanter Chronist der klassischen Politikinszenierung vormoderner Prägung, hat auf zwei Faktoren hingewiesen, die trotz der ehrwürdigen Tradition der Geschichte politischer Inszenierungen in der gegenwärtigen Konstellation dennoch zu einer neuen Qualität mit neuen Voraussetzungen und Wirkungen geführt haben:[8]

Erstens: In der Demokratie stellt sich die Legitimationsfrage für die Inhaber und Anwärter politischer Mandate und Ämter auf neue Weise und sehr viel dringlicher als in den vordemokratischen politischen Systemen. Heute stehen politische Konkurrenten vor der Aufgabe, beinahe täglich um die ungewisse Zustimmung des Publikums zu ringen. Die Inszenierungen politischen Handelns müssen für die politischen Akteure zu einer jederzeit bedachten Kommunikationsstrategie werden, mit der sich ein Massenpublikum erreichen lässt.

Zweitens: Da in der Demokratie in einem prinzipiell offenen Wettbewerb eine Vielzahl politischer Inhaber und Aspiranten öffentlicher Spitzenämter um die Gunst des Publikums ringen, entsteht ein erhöhter Druck reflexiver Selbstpräsentation der Politikerinnen und Politiker sowohl im Verhältnis zu allen anderen Mitbewerbern wie auch zum Publikum.

Drittens: Entscheidender für die neue Qualität und die neuen Wirkungsdimensionen politischer Inszenierung sind allerdings die technischen Veränderungen im Bereich der Massenmedien. Mit dem Fernsehen steht nämlich erstmals in der Geschichte ein Massenmedium zur Verfügung, das einerseits alle Grenzen von Raum und Zeit überwindet, in spezifischer Weise die Gesamtheit der handelnden Personen wahrnehmen und diese Wahrnehmungen an ein breites Publikum vermitteln kann und das darüber hinaus durch seine medialen Qualitäten und seine Allgegenwart in den häuslichen Lebenswelten der Menschen fortwährend dichteste Realitätsillusionen erzeugt.[9] Da das Fernsehen als kulturelles Leitmedium auf sein Publikum, jedenfalls den größten Teil, entscheidenden Einfluss hat und darüber hinaus wegen seiner unübertroffenen Reichweite für alle anderen Massenmedien eine gewisse Vorbild- und Schrittmacherfunktion ausübt, nimmt es im System der medialen Politikvermittlung eine Schlüsselstellung ein. Es rückt - im Gegensatz zu allen anderen Massenmedien - die Gesamtheit aller Zeichensysteme, die von menschlichem Handeln ausgehen können: Mimik, Gestik, Proxemik, Paralinguistik, Kulissen und Requisitenkontext in den Focus seiner Vermittlungen. Damit wird für die handelnden Politiker, welche die Bühne der elektronischen Medien betreten, die Gesamtheit ihrer körperlichen Performance zum zentralen Gegenstand ihrer Aufmerksamkeit. Um auf dieser Bühne erfolgreich sein zu können - in den Augen fast aller Gegenwartspolitiker eine Vorbedingung -, ist gezielte Arbeit an sich selbst notwendig. Zumeist erfolgt diese mit Hilfe professioneller Beratung oder durch praktisches Training. Diese Lernprozesse werden professionell organisiert, indem die politischen Inszenierungsstrategien zu einem substantiellen Handlungsfeld innerhalb des politischen Systems selbst gemacht und von einem rasch wachsenden Stab von Beratern und Planern aller Art wissenschaftlich und ästhetisch vorbereitet und umgesetzt werden. Die Inszenierung der eigenen Politik oder oft auch nur ihrer Ansprüche wird unter dem Inszenierungsdruck, der von den modernen Massenmedien ausgeht, zu einem zentralen Handlungsfeld der Politik selbst.

Auch wenn der intentionale und performative Kern politischer Inszenierung so alt ist wie die Politik selbst, entsteht durch die Inszenierung der Politik für die Bühnen der Massenmedien eine qualitativ neue Situation: Sie besteht in der realistischen Erwartung, auch unabhängig von den tatsächlichen Handlungserfolgen bei der Lösung sachlicher Probleme, beim Massenpublikum die Illusion einer wirklichen Realitätserfahrung auszulösen.

Die Theatralisierung von Politik

Politik in der Demokratie lebt von der kontinuierlichen Legitimation ihrer Absichten, Handlungen und von den Handlungserfolgen. Dies kann in der Mediengesellschaft allein auf dem Weg der medienvermittelten Kommunikation geschehen. Demokratische Politik ist daher existentiell und fortwährend auf Kommunikationserfolge in der öffentlichen Arena angewiesen. Diese ist in der Mediengesellschaft durch die interne Funktionslogik der Massenmedien konstituiert, die als Vorabszenierung als eine nicht zu umgehende Zutrittsbedingung für alle Akteure und Geschehnisse wirksam wird, die in ihr überhaupt zur Geltung kommen wollen.[10] In den Ländern Europas sind wir seit kurzem Zeuge einer "kopernikanischen Wende". Die Parteiendemokratie klassischen Zuschnitts wird zur Mediendemokratie. Die Regeln der medialen Politikdarstellung - unterhaltsam, dramatisierend, personalisiert und mit Drang zum Bild, allesamt der Darstellungskunst des Theaters entlehnt - greifen auf das politische Geschehen selbst über. Die Selektion spektakulärer Ereignisse, die effektsichere Inszenierung der Profis, die weite Teile des Mediensystems bestimmen, regieren zunehmend die Politik. Es vollzieht sich ein folgenreicher Rollenwechsel: Während in der Parteiendemokratie die Medien die Politik beobachten sollen, mit dem Ziel, dass sich die Staatsbürgerinnen und Staatsbürger eine vernünftige Meinung bilden können, beobachten in der Mediendemokratie die

politischen Akteure das Mediensystem. So können sie lernen, was sie und wie sie sich präsentieren müssen, um auf der Medienbühne einen sicheren Platz zu gewinnen. Solches "politainment" (Andreas Dörner) macht Spaß und vergrößert das Publikum.[11] Die Frage ist nur, ob das, was es dabei zu besichtigen gibt, noch Information über Politik, einen Einblick in ihr tatsächliches Geschehen erlaubt und auf diesem Wege mündige Entscheidungen über sie möglich macht. In der Antwort auf diese Frage, und nicht etwa in einer puristisch-elitären Abneigung gegen die Künste der Massenattraktion, besteht das Problem, welches die Kolonisierung der Politik durch die Medien für die Demokratie aufwirft.

Kern der Veränderung ist eine weitgehende Überlagerung der beiden Systeme "Politik" und "Medien". Sie geht zu einem erheblichen Teil aus der Wirkungsweise von deren jeweiligen Funktionsgesetzen selbst hervor. Aus Legitimationsgründen ist demokratische Politik unvermeidlich auf die öffentliche Darstellung ihres Vollzugs und ihrer Ergebnisse, nämlich der Herstellung gesellschaftlich verbindlicher Entscheidungen, angewiesen. In den unüberschaubar komplexen Gesellschaften der Gegenwart benötigt sie dazu die Massenmedien. Diese folgen indessen bei jeglicher Darstellung von Politik gleichermaßen unvermeidlich ihrer eigenen Logik, wenn sie ihrem gesellschaftlichen Funktionszweck, nämlich der Erzeugung von größtmöglicher Aufmerksamkeit für gemeinsame Themen, gerecht werden wollen.

Die Massenmedien erreichen ihren Zweck im Wesentlichen durch die Befolgung von zwei aufeinander abgestimmten Regelsystemen. Das erste Regelsystem besteht in der Auswahl berichtenswerter Ereignisse nach Maßgabe ihrer Nachrichtenwerte (Selektionslogik), das zweite aus einem Kanon von attraktionssteigernden Inszenierungsformen für das so ausgewählte Nachrichtenmaterial, um die Maximierung eines anhaltenden Publikumsinteresses zu sichern (Präsentationslogik). Das Zusammenwirken beider Regelsysteme, das sich in einem gewissen, allerdings eng begrenzten, Ausmaß von Medium zu Medium anders gestaltet, kennzeichnet die spezifische Logik des Mediensystems. Ihr ist alles unterworfen, was im Mediensystem hervorgebracht wird: jede Information und jeder Bericht über alle anderen gesellschaftlichen Teilsysteme und deren Leistungen. Sie wirkt als eine zwingende Prä-Inszenierung, die den Zugang zu den Medienbühnen regelt. Es herrscht das Gesetz der spannungsreichen theatralischen Inszenierung.

In den Medien ist jede Darstellung des Politischen vom Wirken der beiden medialen Filtersysteme geprägt. Es stellt sich die Frage, ob solche Darstellung der Politik die Eigenlogik des Politischen noch in einem für die selbstständige Urteilsbildung der Bürgerinnen und Bürger angemessenen Maße erkennen lässt oder ob sich diese in den Regeln der medialen Logik auflöst. Auf Seiten der Politik führt die Schlüsselrolle des Mediensystems zur Vermehrung und zur Professionalisierung der Anstrengungen, ein Höchstmaß an Kontrolle über die Darstellung der Politik im Mediensystem zurückzugewinnen. Zu diesem Zweck mediatisiert sie sich mit Energie und professionellem Rat aus Leibeskräften selbst, sie wird zum "Politainment".

Es handelt sich dabei um einen wahrhaft dialektische Vorgang: Die Politik unterwirft sich den Regeln der Medien, aber nur um auf diesem Wege die Herrschaft über die Öffentlichkeit zu gewinnen. Selbstmediatisierung wird zu einer zentralen Strategie politischen Handelns in der Mediengesellschaft. Es erhebt sich die Frage, ob Politik unter diesen Bedingungen überhaupt noch in angemessenem Ausmaß ihrer eigenen Logik folgen kann oder in der Hauptsache zum Lieferanten für die spezifischen Bedürfnisse des Mediensystems wird - in der Hoffnung, auf diese Weise ihren unbegrenzten Bedarf an öffentlicher Zustimmung umfassend und risikoarm befriedigen zu können.

Theatralisierung und politischer Prozess

Die Auswirkungen dieser Entwicklung sind umfassend und vielgestaltig. Sie verändern nicht nur die Struktur der Darstellung des Politischen, sondern auch seine Herstellung. Welche Themen auf den Tisch kommen, welche Politikerin oder welcher Politiker Aufstiegschancen hat, wer die Führung übernimmt und wie groß ihre oder seine Spielräume zur Definition ihrer oder seiner Politik sind - gegenüber der eigenen Partei, gegenüber den Kontrahenten und gegenüber der Öffentlichkeit -, wird durch mediale Vermittelbarkeit und Mediencharisma mitentschieden. Wo beides nicht gegeben ist, haben Themen und Interessen, auch wenn sie im Hinblick auf Gerechtigkeit, Zukunftsfähigkeit und das Gemeinwohl wichtig wären, wenig Aussicht auf Berücksichtigung. Politainment schneidet ins Fleisch der guten Politik.

Professionelle Selbstmediatisierung der Politik nach den Regeln theatraler Inszenierungslogik ist qualitativ und quantitativ zu einer der Hauptaktivitäten des politischen Systems geworden. In Europa ist sie nach dem Wegfall des Systemwettbewerbs zu einer Art Ideologieersatz geworden. Sie verfügt dabei über drei basale Inszenierungsstrategien, die - das ist wahr - auch mit

Anteilen wirklich vollzogener Politikherstellung versetzt sein können. Inszenierung kann auch, muss aber nicht, der schöne Schein des Realen sein. Ihre Wunderwaffen sind: Event-Politik (Scheinereignisse), Image-Projektion und Scheinhandlung.

Event-Politik: Von Scheinereignissen ist in den USA schon seit den sechziger Jahren die Rede (Daniel Boorstin). Sie waren "die ersten großen Verbeugungen" der politischen Welt vor den Mediengesetzen. Die Grenze zwischen solchen Ereignissen, die reales Geschehen verschönt in Szene setzen, und solchen, die nichts sind als Schein, aber wie greifbare Wirklichkeit aussehen, ist fast immer fließend. Der Fundus der Inszenierungschancen ist unerschöpflich und nach vorne offen.

Die Medien aber haben die Wahl. Sie können das ihnen von der Politik dargereichte Scheinereignis an ihr Publikum "unbearbeitet" durchreichen - wenn sie gerade wenig Zeit, Sachverstand, Interesse, Verantwortlichkeit haben oder einfach meinen, "dieser Wurm werde dem Fisch schon schmecken". Sie können das Angebot ignorieren und selbst etwas aus dem Anlass machen. Sie können die angebotene politische Inszenierung aber auch demontieren, kritisch auf ihren wirklichen Kern befragen und bei all dem doch ihren eigenen Regeln der Auswahl und der Inszenierung treu bleiben. Die Fälle zwei und drei erfordern Kompetenz und Zeit, der Fall drei birgt dabei das Risiko, bei jenen Politikern in Ungnade zu fallen, die man als Informationsquelle schon morgen wieder braucht. Die Medienregeln und das Darstellungsinteresse der Politik bilden strategische Koalitionen, sozusagen widerspruchsvolle Inszenierungs- Partnerschaften. Die letzte Inszenierungshoheit allerdings liegt stets im Mediensystem.

Image-Politik: Image ist das Scheinereignis auf dem Gebiet der Ethik, Scheinhandeln als Personifikation. Durch wohl kalkulierte Scheinhandlungen wird eine natürliche Person zur Personifikation von Eigenschaften, die aus Mythologie oder Ethik ihres Gemeinwesens besonderen Glanz beziehen.

Symbolische Scheinpolitik: Der klassische Fall symbolischer Scheinpolitik lag vor, als sich Präsident Ronald Reagan vor den versammelten TV-Kameras auf der Schulbank eines Klassenzimmers mit Lehrern und Schülern ins Gespräch vertiefte und unter den Augen des Publikums leidenschaftliches Interesse am Bildungswesen zeigte, nachdem er gerade dessen Etat empfindlich gekürzt hatte. Solche Auftritte können, müssen aber nicht Placebo-Politik zu Verstellungszwecken sein. Sie gehört zum Handwerkszeug des Medien-Machiavellisten.

Man könnte nun sagen, das ist eben die Politik in der Mediengesellschaft - wenn da nicht ein wirklich ernsthaftes Problem bliebe: Wie sollen Normalbürgerinnen und -bürger, die Politik nur aus den Medien kennen - meist nur von einem mit schönen Bildern -, unterscheiden können zwischen bloßer Schau, hoch professionell verschlüsselter und gut dargestellter Realität? Erfahrungen zur Prüfung des Vorgeführten kommen oft erst dann zum Tragen, wenn ungelöste Probleme - etwa in Gestalt von Arbeitslosigkeit, Gewalt, Umweltproblemen und Unsicherheit - jenseits der medialen Glanzbilder in die eigene Lebenswelt einbrechen. Nur wissen die Menschen dann immer noch nicht, was Ross ist und was Reiter. Einen Einblick in das, was politisch möglich ist und was nicht, welches die wirklichen Optionen sind und wie die Rolle der Akteure beim Ringen um diese aussieht, erhalten sie kaum. Autonomie auf Basis gründlicher Informationen über anstehende politische Entscheidungen wird gerade für die wenig Informierten durch Politainment behindert.

Unter dem Druck der knappen Zeit auf Seiten der Medien und der eingegengten Handlungskorridore auf Seiten der Politik wird die gefällige Inszenierung des Scheins zum Patentrezept. Aber auch dann, wenn gut Gemachtes "nur" gut inszeniert wird, bleibt ein Problem: Die öffentliche Darstellung von Politik und ihr realer Vollzug werden durch "Politainment" prinzipiell entkoppelt. Für die Bürgerinnen und Bürger ist kaum noch nachvollziehbar, bei welchen der Darstellungen von Politik es sich um leere Inszenierungen und bei welchen um geschickte Präsentationen tatsächlichen Vollzugs handelt. Es scheint so, als hätten wir eine Neuauflage der höfischen Öffentlichkeit, die sich dadurch auszeichnete, dass Politik dann, wenn sie den Interessen der Leute entsprach, als das immergleiche Spektakel auf der Staatsbühne gebracht wurde. Der Zusammenhang zwischen dem Spektakel und dem, was wirklich geschieht, wird unberechenbar.

Es geht aber nicht nur um die Darstellung, sondern um tektonische Verschiebungen in den Fundamenten der Politik selbst. Die Logik der Mediendemokratie drängt die Parteien auf der ganzen Linie an den Rand des Geschehens, auch wenn sie durch ihre Aktivitäten auf der kommunalen Ebene und durch das öffentlichkeitswirksame Agieren der Spitzenakteure weiterhin im Fokus

der öffentlichen Aufmerksamkeit bleiben. Die Medienlogik folgt auch einem gebieterischen Präsentismus. Was zählt, ist das Neueste vom Neuen, der allerneueste Augenblick, attraktiv gefüllt. Gestern und morgen verblässen, der Prozess langweilt. Die Parteien, ja das ganze intermediäre System der Vereine, Organisationen und Initiativen, in denen Projekte und Lösungen in langen Beratungen, Verhandlungen, Kompromissen allmählich reifen - also die lange Zeit der Demokratie -, hat kaum eine Chance vor den Gesetzen der Medienwelt. Im Zeitalter der ultraschnellen Medien mit ihrem Zwang zur Sofortreaktion, jederzeit, zum spontanen Akzeptanztest der politischen Spitzenrepräsentanten, ist die Verdrängung von Mitgliederparteien zugunsten des Diskurses aus dem Zentrum der Politik beinahe zwangsläufig. Die schnelle Umfrage, der die passende Inszenierung auf dem Fuße folgt, ersetzt den abwägenden Diskurs. Dabei wissen doch alle, dass die rasch geäußerte Meinung nicht viel mehr sein kann, als das Echo der Medieninszenierung selbst.

Mit der dominierenden Rolle der Medien bei der Auswahl möglicher Spitzenkandidaten bei der innerparteilichen Willensbildung, die im Wechselspiel zwischen Medienresonanz, Wahlerfolgen und Kandidatenunterstützung erfolgt, ist den politischen Parteien auch noch die Funktion der "Krönung" aus der Hand genommen worden, die einerseits ihre Zentralrolle mitbegründet hatte und ihnen andererseits die Möglichkeit einer letzten Richtungskontrolle im politischen Prozess einräumte. Unter dem doppelten Druck von Medienzeit und Medienlogik verlieren sie ihren Einfluss auf die Tagespolitik, womit sie ein Stück demokratischer Kontrolle der Politik durch die Gesellschaft weit gehend einbüßen.

Doch nicht nur die Parteien, die bisher eine demokratisch fundierte Zentralstellung im politischen Prozess einnahmen, geraten in der mediendemokratischen Konstellation an den Rand des Geschehens. Der Konflikt der politischen Zeiten zwischen der langsamen politischen Prozesszeit und der schnellen medialen Reaktions- und Inszenierungszeit bringt auch den Parlamentarismus selbst in Bedrängnis: Der Anteil des intermediären Systems der Vereine, Verbände und Initiativen am großen politischen System geht zurück. Der diskursive Austausch der beteiligten Akteure entfällt dann weitgehend zugunsten einer Abfolge der je für sich stehenden momentanen Ereignisse sich selbst korrigierender Medientests der politischen Spitzenrepräsentanten und ihrer Berater.

Das Parlament erfährt sowohl infolge der Marginalisierung der politischen Parteien als auch durch die Auswirkungen der Medienlogik auf seine eigenen Handlungsbedingungen einen spürbaren Bedeutungsverlust. Die Vertreterinnen und Vertreter der Regierungspartei(en) im Parlament stehen ja zum einen unter dem Eindruck der Erfahrung und des prinzipiellen Funktionswissens, dass sie ihren Wahlerfolg in ausschlaggebendem Maße der medialen Durchschlagskraft ihres Spitzenkandidaten verdanken. Sie können zudem täglich beobachten, dass Unstimmigkeiten zwischen den politischen Absichtsbekundungen ihres Regierungschefs und Vertretern der zugeordneten Parlamentsfraktion(en) dessen Mediencharisma schmälern und allmählich aufbrauchen. Darum sind sie in aller Regel zum voraus- oder eilenden oder nacheilenden Konsens mit dessen Vorgaben bereit.

Diese Tendenz wird noch verschärft, wenn Regierungschefs in außerparlamentarischen Verhandlungssystemen und neokorporatistischen Gesprächsrunden einen Konsens der großen Interessengruppen organisieren und diesen als ihren eigenen Regierungserfolg öffentlich vermitteln möchten. Dann schrumpft der Spielraum der Mehrheitsfraktion(en) zur Mitgestaltung der Regierungspolitik häufig auf Nachbesserungsforderungen in einzelnen Detailbereichen. An der Entscheidung über die großen Linien der Regierungspolitik ist (sind) sie in einer solchen Konstellation kaum noch beteiligt.

Die mediale Erfolgsstrategie Politainment ist kurzweilig und witzig, aber eben - leider - nicht nur. Auf dem Wege der Inszenierung können auch Inhalte in die Gesellschaft hinein transportiert werden, und zwar tiefer als über jede bierernste Darlegung. Das ist ihr demokratisches Potenzial. Für die Demokratie wirft die Ambivalenz der Inszenierungspolitik zwischen gefälliger Einladung zum Inhaltlichen und zum Placebo in dem Maße ein ernstes Problem auf, in dem die Unterschiede öffentlich verschwimmen und die Darstellungsregeln den ganzen politischen Prozess beherrschen. Der "Bildersturm" kann gewiss keine Alternative sein - vielleicht aber die gemeinsame Arbeit der Gesellschaft an einer neuen Kultur der Massenmedien. Sie müsste die Medien auch in der Inszenierungsdemokratie zum verlässlichen Anwalt des Publikums machen, der Politik zeigen, was sich lohnt und was nicht, und dann vielleicht doch den Inhalten und den (langsameren) Prozessen auch in der medialen Inszenierungswelt eine Chance lassen. Eine Art reflexiver Mediatisierung?

Theatralisierung und politische Urteilskraft

Es wäre dennoch verfehlt, die Theatralisierung der Politik unter dem medialen Inszenierungsdruck umstandslos mit deren Entpolitisierung gleichzusetzen. Vielmehr bewirken drei gewichtige Faktoren, dass Politik - selbst im Falle ihrer weitgehenden Theatralisierung - immer mehr ist als bloßes politisches Theater. Diese Faktoren bergen ein offenes Entfaltungspotenzial in sich, das die Rückgewinnung des Terrains politischer Rationalität in erheblichem Umfang zu einer Angelegenheit macht, die von der Politik selbst mit beeinflusst werden kann.

Erstens: Politische Kommunikation erschöpft sich nicht in ihrem öffentlich sichtbaren Teil. In Beratergremien und Parlamentsausschüssen, Kommissionen und Parteidiskussionen, Beratungsgesprächen und Bürgerinitiativen, die nicht direkt dem Inszenierungsdruck der Medienbühne unterliegen, spielt sich auch in der Mediendemokratie immer noch ein beträchtlicher Teil der handlungsrelevanten politischen Kommunikation ab. Sie können sich vielmehr, wenn auch in unterschiedlichem Maße, davon immer wieder distanzieren und diese selbstreflexiv zum Gegenstand kritischer Erneuerung machen.

Zweitens: Auch wenn theatralisierte Politik eine hervorragende Voraussetzung für die Zunahme symbolischer "Placebo-Politik" ist, bei welcher Teile der Politik nur noch vorgespielt und nicht mehr real vollzogen werden, kann Politik auch in der Mediendemokratie nicht umhin, ihrem eigentlichen gesellschaftlichen Funktionszweck gerecht zu werden: der Vorbereitung verbindlicher Entscheidungen. Hieran wird sie im Falle großer Dissonanzen zwischen ihrer Herstellung und Darstellung am Maßstab der Erfahrungen der Bürgerinnen und Bürger in ihren Lebenswelten weiterhin gemessen.

Drittens: Empirische Studien haben gezeigt, dass die Theatralisierung des politischen Diskurses nicht automatisch seine Entpolitisierung bedeutet, da in allen Formen der politischen Inszenierung angemessene Synthesen mit dem politischen Informationsgehalt von Ereignissen hergestellt werden können, die es möglich machen, dass hochgradig inszenierte politische Ereignisse oder Berichte in durchaus angemessenem Maße eine authentische und informative Darstellung ihres Bezugsereignisses enthalten.[12]

Unter dem Druck insbesondere der privaten Fernsehanstalten nimmt auch in der Bundesrepublik gleichwohl der theatrale Inszenierungsaspekt nicht nur im Fernsehen, sondern auch in einem Teil der Printmedien einen wachsenden Raum ein und beherrscht einen sehr großen Teil der tatsächlichen Politikvermittlung. Die angemessene Berücksichtigung der politischen Informationen und Argumentationen, die zur Urteilsbildung über ein Thema oder eine Person notwendig wären, wird dabei in der Regel vernachlässigt. Die Massenmedien und ihr Inszenierungsdruck, unter dem diese selber stehen und unter den sie die Politik setzen, bilden letztlich nur eine kommunikative Gelegenheitsstruktur. Dabei kommt es nicht zu jenen Synthesen zwischen Inszenierungsregeln und den Sachverhalten der politischen Welt, die erforderlich wären, um die Inszenierung und Informativität in angemessenem Maße in Einklang miteinander zu bringen. Zu beobachten ist auch, dass die Medienschaaffenden in beträchtlichem Maße dazu neigen, die Inszenierungspotenziale ihrer Themen und Personen voll auszuschöpfen, aber in weit selteneren Fällen die Inszenierung als mediales Vehikel verstehen, um die Informations- und Argumentationspotenziale ihrer Bezugsereignisse in gleicher Weise zur Geltung zu bringen. Diese Asymmetrie führt zur gegenwärtig zu beobachtenden Grundtendenz, dass angemessene politische Inszenierungen - sei es in der Politik selbst, sei es in den Massenmedien, in denen das Referenzereignis auf demokratiepolitisch haltbare Weise repräsentiert ist - eher die Ausnahme bilden, während die Inszenierung selbst allgegenwärtig ist.

Es wäre eine wichtige Aufgabe sowohl für verantwortlichen Journalismus als auch für eine gesellschaftliche Selbststeuerung des medialen Vermittlungssystems der Politik, dafür zu sorgen, dass die Bedingungen inszenierter Politikvermittlung angemessen erfüllt werden.

In dieser Hinsicht spielen offenbar vor allem zwei subjektive und zwei objektive Faktoren die ausschlaggebende Rolle:

Erstens. Eine wichtige subjektive Voraussetzung besteht in der sachlichen Kompetenz der zuständigen Medienschaaffenden, selbst über genügend Wissen und Urteilskraft auf den politischen Gebieten zu verfügen, über die sie berichten, so dass sie nicht auf oberflächliche Inszenierungen allein angewiesen sind oder auf diese, sofern sie von Seiten der Politik angeliefert werden, "hereinfallen". Die andere subjektive Voraussetzung besteht in der Verantwortungsbereitschaft der Medienschaaffenden, im Rahmen der Produktionsverhältnisse, in dem sie jeweils stehen, für eine angemessene Synthese

zwischen der medialen Inszenierung und dem berichteten Sachverhalt sorgen zu wollen.

Zweitens: Als wahrscheinlich wichtigste objektive Voraussetzung erweist sich die Medienökonomie. Journalisten, die unter einem enormen Zeitdruck stehen und für Recherche und gründliche Aufbereitung ihrer Produkte keine Kapazität haben, weil sie um die jeweils alleraktuellste Information mit anderen Medien konkurrieren müssen, werden nur in seltenen Fällen in der Lage sein, eine angemessene Synthese von Sachgehalt und Medienästhetik zu liefern. Wenn der sozialkulturelle Druck innerhalb der Medien selbst und in der Gesellschaft nicht vorhanden ist, wenn nicht auf Angemessenheit der Inszenierungen gedrängt und Verantwortung eingefordert wird, wird sich aus Gründen der Bequemlichkeit und der Ressourcenschonung eher die leichte und schnelle Inszenierung einbürgern als die verantwortliche und angemessene Synthese.

Die Medienschaffenden haben gegenüber der Politik eine wichtige Verantwortung. Solange von ihnen - durch die einseitige Anwendung der medialen Produktionsregeln - ein undifferenzierter Inszenierungsdruck ausgeht, dem die Politik entsprechen muss, wenn sie nicht die Kontrolle über deren Vermittlung gänzlich verlieren will, begünstigen sie die zunehmende Selbsttheatralisierung der Politik. Häufig geschieht das auch hier um den Preis der Entkoppelung von Darstellung und Herstellung. Soweit sie aber selbst die Angemessenheit der politischen Selbstinszenierung und deren Verhältnis zum Herstellungshandeln der Politik zum regelmäßigen Gegenstand ihrer Berichterstattung machen und auf Seiten der Politik auf Angemessenheit drängen, indem sie diese selbst in den Mittelpunkt ihrer journalistischen Betrachtung rücken, wird einerseits der pauschale Inszenierungsdruck, der gegenwärtig auf der Politik lastet, verringert und andererseits Angemessenheit medial honoriert.

Die Mediendemokratie besitzt tendenziell die Macht zur Verschiebung der Gewichte, Akteursrollen und Einflusstrome, und dies nicht nur auf der Ebene der politischen Kommunikation, sondern im politischen System selbst. Sie ist jedoch kein hermetisch abgeschlossenes System. Reflexives Handeln der zentralen Akteure im Mediensystem und in der Politik können die laufenden Trends stoppen und, zumindest teilweise, auch wieder umkehren. Die schwerere Last ist jedoch die Neubestimmung der Balance von Medien und Politik.

Fußnoten

1. Herbert Willems/Martin Jurga (Hrsg.), Inszenierungsgesellschaft. Ein einführendes Handbuch, Opladen 1998.
2. Vgl. Jo Groebel u.a., Bericht zur Lage des Fernsehens, Gütersloh 1995, S. 147.
3. Ebd., S. 146 f.
4. Vgl. Thomas Meyer/Rüdiger Ontrup/Christian Schicha, Die Inszenierung des Politischen. Zur Theatralität von Mediendiskursen, Wiesbaden 2000.
5. Vgl. Erving Goffman, Wir alle spielen Theater. Die Selbstdarstellung im Alltag, Frankfurt/M. 1969; Hans-Georg Soeffner, Rituale des Anti-Ritualismus, in: Hans-Ulrich Gumbrecht u.a. (Hrsg.), Materialität der Kommunikation, Frankfurt/M. 1988.
6. Vgl. Erika Fischer-Lichte/Isabel Pflug (Hrsg.), Inszenierung von Authentizität, Tübingen-Basel 2000.
7. Vgl. Thomas Meyer, Mediokratie. Die Kolonisierung der Politik durch das Mediensystem, Frankfurt/M. 2001, und ders., Media Democracy, Oxford 2002.
8. Vgl. Peter Burke, Ludwig XIV. Die Inszenierung des Sonnenkönigs, Berlin 1993.
9. Vgl. Thomas Meyer/Martina Kampmann, Politik als Theater, Berlin 1998.
10. Vgl. T. Meyer/R. Ontrup/Chr. Schicha (Anm.4).
11. Vgl. Andreas Dörner, Infotainment, Frankfurt/M. 2001.
12. Vgl. die Ergebnisse des interdisziplinären Dortmunder Forschungsprojekts in: T. Meyer/R. Ontrup/Chr. Schicha (Anm. 10), Kapitel 6.